

- (A)
- (C)
- Ich rufe den Tagesordnungspunkt 9 auf:
- Zweite Beratung und Schlussabstimmung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zu dem Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen vom 29. April 2008 zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Serbien andererseits**
- Drucksache 17/3963 –
- Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)
- Drucksache 17/4500 –
- Berichterstattung:
Abgeordnete Peter Beyer
Günter Gloser
Dr. Rainer Stinner
Sevim Dağdelen
Marieluise Beck (Bremen)
- Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. Gibt es Widerspruch? – Das ist nicht der Fall.
- Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner dem Staatsminister Dr. Werner Hoyer das Wort.
- (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)
- (B)
- (D)
- Dr. Werner Hoyer**, Staatsminister im Auswärtigen Amt:
- Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Debatte am 8. Oktober 2010 hat sich der Deutsche Bundestag fraktionsübergreifend für eine Weiterleitung des serbischen EU-Beitrittsantrags an die Europäische Kommission ausgesprochen. Damit wurde das bekräftigt, was unserer europäischen Überzeugung entspricht: Wir wollen die Überwindung der Teilung Europas vollenden. Dazu gehört die EU-Perspektive für die Länder des westlichen Balkan.
- (Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)
- Das gilt natürlich auch für Serbien. Es steht außer Frage, dass ein rechtsstaatliches und demokratisches Serbien seinen Platz in der europäischen Familie hat.
- Heute steht im Bundestag die Entscheidung über einen weiteren wesentlichen Zwischenschritt auf diesem Weg nach Europa an. Es geht um die Ratifizierung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens. Dieses Abkommen ist ein wesentlicher Bestandteil des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses. Das ist ein Prozess, den die Europäische Union nach den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien ins Leben gerufen hat. Dieser Prozess bildet nach wie vor den Kompass für Stabilität und nachhaltige Reformen in der Region, gerade weil er eine nachhaltige Perspektive beinhaltet.
- Serbien bekennt sich in dem Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zu den europäischen Werten: Menschenwürde, Demokratie, Schutz von Minderheiten, Rückkehrrecht der Flüchtlinge, uneingeschränkte Zu-

Staatsminister Dr. Werner Hoyer

- (A) Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien und Entwicklung gut-nachbarlicher Beziehungen. Das sind große, das sind wichtige Worte, wenn man an die Geschichte dieser geschundenen Region Europas denkt. Das alles in die Realität umzusetzen, wird kein Selbstläufer sein; das ist noch ein langer Weg.

Das Abkommen bietet die Grundlage für eine schrittweise Angleichung des serbischen Rechts an den EU-Acquis. Es eröffnet in vielen Bereichen eine intensive und umfassende Zusammenarbeit zwischen Serbien und der EU, auch auf wirtschaftlichem Gebiet. Nach erfolgreicher Umsetzung des Abkommens wird Serbien einen erheblichen Teil des gemeinschaftlichen Besitzstandes der Europäischen Union übernommen haben. Das ist eine notwendige, wenngleich noch längst nicht hinreichende Voraussetzung für einen Beitritt zur Europäischen Union.

Die europäische Perspektive bleibt der wirksamste Hebel für unumkehrbare Reformen in Serbien und der gesamten Region. Die Europäische Union steht zu ihren eingegangenen Verpflichtungen und erwartet umgekehrt, dass Serbien vor einem Beitritt zur Europäischen Union alle Kriterien für eine Mitgliedschaft uneingeschränkt erfüllt. Meine Damen und Herren, da dürfen wir uns nichts vormachen: Das ist noch ein längerer Weg. Wir müssen aus der Geschichte der europäischen Erweiterungspolitik lernen und auf der Einhaltung der klar formulierten Erwartungen an einen Beitrittskandidaten bestehen.

- (B) Serbien muss unter Beweis stellen, dass es nicht nur anspruchsvolle Reformagenden abhandeln kann, sondern auch die Werte der Europäischen Union in vollem Umfang teilt und dafür eintritt, übrigens nicht nur zum Zeitpunkt des Beitritts, sondern auch danach, wenn man in das europäische Haus eingezogen ist.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hierzu gehören auch – das ist ganz zentral – das Eintreten für Versöhnung, regionale Zusammenarbeit und gut-nachbarliche Beziehungen. Hierauf werden wir und wird die Kommission ein waches Auge richten müssen.

Um im Prozess der Versöhnung auch in Bezug auf Kosovo weiterzukommen, erwarten wir, dass der Dialog zwischen Belgrad und Pristina über praktische Fragen so bald wie möglich beginnt und konstruktiv geführt wird.

Auch bei den Beziehungen zu einem anderen Nachbarstaat, nämlich Bosnien und Herzegowina, muss Serbien deutlich zeigen, dass es die konstruktiven und kompromissorientierten Kräfte unterstützt und sich unzweideutig für die europäische Zukunft eines ungeteilten Bosnien und Herzegowina einsetzt.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Grenzen auf dem Balkan sind endgültig gezogen. Der Internationale Gerichtshof hat im letzten Jahr bestätigt, dass die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo nicht gegen Völkerrecht verstoßen hat. Auch Kosovo hat

eine europäische Perspektive. Diese müssen wir ebenfalls voranbringen, soll das Land kein Hort der Instabilität in Europa werden. Ich sage klar: Wir erwarten von Serbien, dass es diese Perspektive, so schwierig sie sein mag, nicht blockiert. (C)

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Offene bilaterale Fragen dürfen nicht erneut in die Europäische Union importiert werden, will die Europäische Union ihre Handlungsfähigkeit bewahren. Auch hier haben wir aus den Erfahrungen gelernt.

Serbien hat den richtigen Weg eingeschlagen. Nicht zuletzt in New York im letzten Herbst ist es mit großem persönlichen Engagement auch von europäischen Außenministern wie William Hague, Guido Westerwelle und Cathy Ashton gelungen, eine gemeinsame Resolution auf den Weg zu bringen, die nicht neue Gräben aufreißt.

Auch die jüngsten Gesten zwischen dem serbischen und dem kroatischen Staatspräsidenten stimmen hoffnungsfroh. Der Besuch von Präsident Tadic in Vukovar, die Resolution des serbischen Parlaments zu Srebrenica und das serbische Bekenntnis zur territorialen Integrität Bosniens zeigen, dass der Weg zur Versöhnung begangen werden kann. Serbien – allen voran Präsident Tadic – hat den Mut bewiesen, diese Schritte zu gehen. Dass das innenpolitisch nicht leicht war, ist uns allen bewusst. Nun müssen weitere mutige Schritte folgen.

Herzlichen Dank. (D)

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat die Kollegin Uta Zapf von der SPD-Fraktion.

Uta Zapf (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der Ratifizierung des vorliegenden Abkommens, die wir gleich vornehmen, kommt Serbien einen Schritt näher an die EU heran. Ich denke, das ist für Serbien gerade in der augenblicklichen Situation ein ganz wichtiges Zeichen der Ermutigung. Die Situation in Serbien ist ja nun weiß Gott nicht goldig. Serbien wurde sehr stark von der Wirtschaftskrise getroffen. Die Arbeitslosigkeit beträgt 26,7 Prozent, die Löhne sinken, und der IMF verlangt sogar noch weitere schmerzliche Reformen, auch und besonders in Form von Einsparungen im öffentlichen Dienst, was wiederum sinkende Löhne mit sich bringt. Die Ärzte und das Klinikpersonal streiken, sie gehen auf die Straße und drohen mit weiterem Ausstand, weil ihr Verdienst nicht ausreicht, um einen anständigen Lebensunterhalt zu sichern. Es ist ja verständlich, dass man sich, wenn sich die Zukunftsperspektiven verschlechtern, große Sorgen macht. Darum ist es wichtig, jetzt zu schauen, wie eine positive Stimmung entstehen kann. Dass es dazu kommt, ist, wie ich glaube, dringend notwendig.

Uta Zapf

(A) Gerade in den letzten Tagen sind, wie wir aus einigen Informationsquellen entnehmen konnten, 70 000 Nationalisten unter Führung von Tomislav Nikolic auf die Straße gegangen und haben Neuwahlen verlangt. Sie fordern: „Change!“, und werfen der Regierung Unfähigkeit und Korruption vor. Nun wissen wir, dass Korruption in Serbien in der Tat ein Problem ist. Wir hatten heute ein Gespräch mit dem serbischen Botschafter, der gesagt hat: Korruption ist eines unserer größten Probleme, aber Präsident Tadic nimmt es sehr ernst. Es gibt eine Antikorruptionsbehörde, die aber zu wenig Befugnisse und zu wenig Instrumente hat. Der Präsident selbst hat allerdings den Arzt seiner Kinder, nachdem er gemerkt hat, dass dieser korrupt ist und Bestechungsgeld nimmt – weil er zu wenig verdient, aber auch leben möchte –, vor Gericht gebracht. – Man ist also davon überzeugt, dass es nötig ist, diese Korruption zu bekämpfen, und bemüht sich glaubhaft darum.

Ich denke, es ist in diesem Fall nicht angebracht, immerfort nur auf Tunesien und Ägypten zu verweisen, wie es Herr Nikolic gemacht hat. Er bedient sich bei seiner Forderung nach Neuwahlen des Vorwurfs, dass trotz proeuropäischer Einstellung der Regierung die Anbindung an die EU nur schleppend vorangehe. Auch unter diesem Gesichtspunkt wäre es jetzt an der Zeit, die proeuropäischen Maßnahmen durch einen entsprechenden Schritt zu honorieren.

(B) Im Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission werden die Fortschritte Serbiens auf dem Weg zur EU hervorgehoben. Laut der Schlussfolgerungen des Rates vom 25. Oktober 2010 hat die Kommission mit den Vorbereitungen einer Stellungnahme zum Beitrittsantrag Serbiens begonnen, die 2011 veröffentlicht werden soll. Der Botschafter hat heute sehr deutlich signalisiert, dass man nicht nur hofft, dass die Stellungnahme positiv ausfällt, sondern auch, dass ein Termin für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen genannt wird. Ich denke, dies wäre eine sehr große Ermutigung in einer doch schwierigen Lage, die sich wohl nicht so schnell bessert.

Trotz der Bescheinigung, dass Serbien Fortschritte bei der Erfüllung der politischen Kriterien gemacht hat, bleibt in wichtigen Feldern natürlich noch viel zu tun. Ich habe die Bekämpfung von Korruption schon erwähnt. Weiterhin ist eine Justizreform umzusetzen; eine Reform der öffentlichen Verwaltung ist auf den Weg zu bringen; es muss die organisierte Kriminalität bekämpft werden usw. Die serbische Regierung hat aber schon einen entsprechenden Aktionsplan beschlossen und diesen auch in Brüssel vorgelegt. Dieser ist sehr umfangreich und geht auf alle Erfordernisse ein. So kann man in der Tat sagen: Es gibt ein ernsthaftes, aufrichtiges Bestreben dieser Regierung. Nikolic dagegen, der bei Wahlen immer noch gute Ergebnisse erzielt, allerdings keine Koalitionspartner findet, versucht, diese schwierige Situation als Hebel zu benutzen, um die Regierung zu stürzen. Für die Serben kann der Weg nicht sein, in eine wirklich unübersichtliche Situation zu kommen.

Was noch aussteht, ist die sichtbare Zusammenarbeit mit dem Strafgerichtshof; das wurde schon erwähnt. Noch immer sind Ratko Mladic und Goran Hadzic auf

freiem Fuß. Das ist ein wichtiger Gesichtspunkt, wenn man endgültig über Beitrittsverhandlungen entscheidet. Aber das wissen die Serben selbst, und es bleibt die Hoffnung. (C)

Die Hoffnung, dass die Probleme überwunden werden, bleibt auch in einem anderen schwierigen Punkt, nämlich in der Frage des Kosovo, der Gerichtsentscheidung und der Akzeptanz der Resolution, die nach etwas schwierigerem Ringen gelungen ist. Das, was vereinbart wurde, kommt jetzt auf den Weg. Ich hoffe, dass die Gespräche mit dem Kosovo bald beginnen werden. Es gab jedenfalls Meldungen, dass sich die Gruppe jetzt formiert hat.

Herr Füle hat mit Recht Folgendes gesagt, als die EU-Kommission den Bericht angenommen hat:

Serbien hat seinen Platz in der EU. Die Tür ist offen, aber nur unter bestimmten Voraussetzungen. ... Wir messen Serbien eine zentrale Rolle für den Aussöhnungsprozess und eine positive regionale Zusammenarbeit im Westlichen Balkan bei.

Aber sie werden das nicht ganz alleine schaffen können. Ich finde, wir müssen auch einen Blick auf die Europäische Union werfen, die verschlungen ist in Diskussionen über den Euro, über die Finanzkrise und über ihre Orientierung und die vergessen hat, dass die Europäische Union insgesamt ein Projekt des Friedens, ein Projekt der Stabilität und ein Projekt der Reformen zur Demokratisierung, zur Kooperation, zur Aussöhnung ist. Wir haben das den Westbalkanländern 2003 in Thessaloniki angeboten und haben es immer wieder bestätigt. (D) Aber es ist doch kontraproduktiv, wenn dann die CDU in ihr Programm schreibt: Kroatien wird selbstverständlich noch aufgenommen, aber dann ist Schluss. – Das kann nicht sein. Damit ermutigen wir niemanden. Damit ermutigen wir Serbien nicht. Damit ermutigen wir aber auch andere Länder nicht, die im Moment in ihrem Inneren jede Menge Schwierigkeiten haben, diese Perspektive als Anreiz für die Entwicklung weiterer Reformen und zum weiteren Fortschreiten in Demokratisierungsprozessen zu nehmen.

Wir haben schwere Probleme in Mazedonien, nicht nur weil die Griechen im Namensstreit stur sind, sondern weil auch die Mazedonier stur sind und eher auf nationalistische Töne ausweichen, als sich im Reformprozess tatsächlich einmal weiterzubewegen.

Auch Montenegro, das von der Europäischen Kommission eine gute Beurteilung bekommen hat, ist meiner Ansicht nach schwer reformbedürftig, was zum Beispiel die Behandlung der Presse, die Frage der Korruption und die Frage der organisierten Kriminalität, die bis in die obersten Etagen der politischen Elite reicht, betrifft.

Wir haben sehr viel zu tun. Aber wenn wir diesen Entmutigungsprozess gerade in den eigenen Reihen, in der Europäischen Union nicht aufhalten, dann haben wir vergessen, wozu die Europäische Union eigentlich gegründet worden ist und welche positiven Effekte es für uns und auch für andere gegeben hat und dass es Zeit ist, dass sich die Europäische Union wieder auf ihre Glaub-

Uta Zapf

- (A) würdigkeit besinnt, um das Friedensprojekt wirklich stabil weiterzuführen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Peter Beyer von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Peter Beyer (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor sieben Wochen haben wir in erster Lesung unsere Reden zu Protokoll gegeben. Ich halte es für eine gute Sache – es ist an der Zeit –, dass wir heute über den Tagesordnungspunkt debattieren.

Die Beziehungen zu Serbien, einem Schlüsselstaat des Balkans, sind von herausgehobener Bedeutung. Die gemeinsame deutsch-serbische Vergangenheit war nicht immer einfach. Insbesondere im kulturellen Bereich aber sind die Beziehungen mit einer langen Tradition versehen. Beispielsweise haben im vergangenen Herbst in Belgrad die Deutschen Tage stattgefunden. Im Rahmen der Deutschen Tage wurden rund 90 Veranstaltungen aus den Bereichen Kultur, Politik, Wirtschaft und Jugend angeboten. Im nächsten Monat, im März, ist Serbien sogar Schwerpunktland der Leipziger Buchmesse. Mehr und mehr Literatur und Buchtitel werden aus dem Serbischen übersetzt; das sorgt hierzulande für einen steigenden Bekanntheitsgrad. Es tut sich also etwas.

(B)

Meine Damen und Herren, es muss sich auch etwas tun; denn die Situation in Serbien ist, wie Frau Kollegin Zapf so treffend formuliert hat, „weiß Gott nicht goldig“. Die Finanznot ist groß; die Regierung muss tagtäglich einen Balanceakt am Rande eines Staatsbankrotts hinbekommen. Viele Menschen in Serbien leben an der Grenze zum Existenzminimum. Circa 1 Million Menschen hat keine Arbeit bzw. kann von der Arbeit, die sie ausüben, nicht in Würde leben.

Es war mithin nur eine Frage der Zeit, bis auch der geduldige Bürger auf die Straße gegangen ist. So geschah es am vergangenen Samstag: Zehntausende Demonstranten sind durch Belgrads Innenstadt gezogen. Es war die größte Oppositionskundgebung seit vielen Jahren, ein lautstarker Protest gegen Arbeitslosigkeit und soziale Missstände im Lande. Die Demonstranten zogen sodann vor das Parlamentsgebäude, übten dort heftige Kritik an der eigentlich proeuropäischen Regierung und verlangten Neuwahlen.

Es ist bemerkenswert, dass bei alledem keine Kritik am Kurs der Annäherung Serbiens an die EU zu vernehmen war. Das belegen auch die Umfragen in Serbien: Über 50 Prozent der Bevölkerung unterstützen den angepeilten Beitrittsprozess. Dabei ist es insbesondere erfreulich, dass gerade die junge Generation im Prozess der Annäherung an die EU eine Chance für die Zukunft sieht.

An allem, was man beobachten kann, erkennt man, dass die serbische Regierung mit Hochdruck an der Umsetzung des EU-Fahrplans für ihr Land arbeitet. Erst vor wenigen Tagen – auch meine Vorredner wiesen darauf hin – hat das Land die Antworten auf die Fragen des umfangreichen Fragebogens zur Beitrittsbereitschaft des Landes an die Europäische Kommission übersandt. So werden Vertreter der Kommission, ebenso Parlamentarier aus unseren Reihen in den nächsten Wochen nach Serbien reisen und sich vor Ort informieren. Die Stellungnahme der Kommission wird für den Herbst dieses Jahres erwartet.

(C)

Dabei ist schon jetzt klar: Der Weg Serbiens in die EU ist noch lang. Der Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission hat die Palette der Problemfelder klar benannt: Korruption, organisierte Kriminalität, mangelnde Funktionsfähigkeit der demokratischen Institutionen, ausstehende Klärung von Eigentumsrechten, ungeklärter Status von Flüchtlingen, unzureichende Bekämpfung des Schwarzmarktes. Das ist nur eine Auswahl. Ich benenne ausdrücklich zwei weitere Punkte.

Erstens. Die uneingeschränkte Kooperation Serbiens mit dem Internationalen Strafgerichtshof ist einzufordern. Serbien arbeitet wahrnehmbar an der historischen Aufarbeitung der Rolle, die das Land beim Auseinanderfallen des jugoslawischen Staates gespielt hat. Präsident Boris Tadic hat Ende letzten Jahres nicht nur Zagreb besucht, sondern auch Vukovar, zusammen mit seinem kroatischen Amtskollegen Ivo Josipovic. Das ist ein starkes Signal der Versöhnung an dem Ort, der so sehr für die Schrecken des Krieges zwischen beiden Ländern steht. Auch in Srebrenica hat Tadic Verantwortung übernommen. All das wird auch auf internationalem Parkett sehr wohl registriert. Dennoch müssen wir auch mit Blick auf den Internationalen Strafgerichtshof endlich konkrete Schritte einfordern, die sodann folgen müssen.

(D)

Zweitens. Ich nenne die Regelung der Beziehungen zum Kosovo. Der ungelöste Konflikt ist auch für Serbien eine Belastung. Schwierige bilaterale Fragen sind zu lösen: die Frage des Wirtschaftsverkehrs, aber auch die Frage der Klöster. Diese Fragen, so schwierig sie auch immer sein mögen, müssen gelöst werden. Sie können aber nur dann gelöst werden, wenn das gegenseitige Vertrauen zwischen Serbien und Kosovo erheblich wächst.

Meines Wissens sind direkte Gespräche zwischen Belgrad und Pristina in der konkreten Planung. Jedenfalls hat die serbische Regierung mit Borislav Stefanovic erst kürzlich ihren Delegationsleiter benannt. All dies lässt hoffen. Aber auch Serbien muss wissen, dass es eine Lösung ohne Zugeständnisse, ja, auch ohne schmerzhaftes Zugeständnisse nicht geben kann. Serbien wartet auf eine konkrete zeitliche Perspektive für den EU-Beitrittsprozess. Das ist legitim. So weit ist Serbien im Moment aber noch nicht. Die skizzierten Probleme, die ich ansprach, müssen vor einem Beitritt geklärt und gelöst werden. Das ist schon allein deshalb nötig, um die für eine neuerliche EU-Erweiterung wichtige Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu sichern.

Peter Beyer

- (A) Die Vorgeschichte und der Beitrittszeitpunkt Bulgariens und Rumäniens können bei all dem jedenfalls nicht als Vorbild dienen. Am Ende des Tages gelten für Serbien wie übrigens für alle anderen EU-Beitrittsaspiranten die gleichen Kriterien. Kein Beitrittsland darf zeitlich bevorzugt werden. Einen EU-Beitritt gibt es nur bei strikter und vollständiger Erfüllung sämtlicher Kriterien. Das ist Voraussetzung. Es muss das Motto gelten: Wer beitrifft, muss beitragen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat die Kollegin Sevim Dağdelen von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Sevim Dağdelen (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der ersten Beratung am 16. Dezember 2010 haben alle Fraktionen bis auf die Linke das Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen mit Serbien als wichtigen Schritt und große Chance für Serbien bezeichnet.

(Beifall des Abg. Dr. Rainer Stinner [FDP] – Zuruf von der LINKEN, an den Abg. Dr. Rainer Stinner [FDP] gewandt: Klatschen Sie nicht zu früh!)

- (B) Ein wichtiger Schritt wohin, Herr Stinner, und eine große Chance für wen?

Die Linke sagt Ihnen, was für ein Schritt das Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen ist. Es bedeutet schlicht eine Unterstützung von Liberalisierung, Deregulierung und auch Privatisierung. Das Abkommen ist Ausdruck einer Politik, die die Europäische Union und zahlreiche ihrer Mitgliedstaaten in eine schwere Krise geführt hat. Die Lage für die serbische Bevölkerung ist bereits jetzt desaströs. Infolge eines noch schärferen Liberalisierungskurses werden sich die Massenarmut und die Massenarbeitslosigkeit in Serbien aber noch weiter vergrößern.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Linke fordert deshalb eine Abkehr von diesem Crashkurs. Was sich in der EU als falsch erwiesen hat, können wir nicht ernsthaft exportieren wollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Abkommen sei eine Chance für Serbien, heißt es bei Ihnen. Eine Chance für wen? Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Serbien können damit jedenfalls nicht gemeint sein. Ihre Lage ist schon jetzt katastrophal. Das gilt insbesondere für diejenigen, die in deutschen Unternehmen beschäftigt sind, zum Beispiel für die Mitarbeiter des deutschen Unternehmens Dräxlmaier in der Vojvodina. Sie beklagen in dem Betrieb, der Kabel unter anderem für Audi, Mercedes-Benz, BMW und VW herstellt, schlimmste Arbeitsbedingungen. Die Unternehmensleitung geht mit üblen Methoden gegen die gewerk-

schaftlich aktiven Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor. So wurde zum Beispiel eine sogenannte gelbe Gewerkschaft installiert, um den gewerkschaftlichen Kampf der Beschäftigten für bessere Arbeitsbedingungen zu behindern. In einem Schreiben wandte sich der zweitgrößte Gewerkschaftsdachverband Serbiens – SLOGA – an die deutschen Kollegen von IG Metall und BMW. Sie forderten Solidarität gegen – ich zitiere – „Willkür, Überheblichkeit, Arroganz und Verstoß gegen Gesetze“ ein. Ich frage mich: Warum unternimmt die Bundesregierung nichts dagegen?

(Beifall bei der LINKEN)

Es darf uns nicht gleichgültig sein, wenn deutsche Unternehmen die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und gewerkschaftliche Rechte mit Füßen treten, auch nicht, wenn das in Serbien der Fall ist. Deshalb steht die Linke auch an der Seite der Beschäftigten in Serbien.

(Beifall bei der LINKEN – Peter Beyer [CDU/CSU]: Zum Thema!)

Derzeit wird Druck von IWF, EU und Deutschland gemacht für ein Gesetz zur Privatisierung kommunaler Betriebe in Serbien. Dieser Druck soll jetzt noch weiter erhöht werden. Meine Damen und Herren, das ist eine falsche Politik.

Bereits bis zum 31. März 2011 soll die serbische Telekom an einen ausländischen Investor verkauft werden. Die Deutsche Telekom AG nimmt an diesem Privatisierungsverfahren teil und wird als möglicher Käufer gehandelt.

(Peter Beyer [CDU/CSU]: Das ist eine gute Sache! – Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Bravo!)

– Sie sagen „bravo“. Das zeigt, was Sie für einen volkswirtschaftlichen Sachverstand haben.

(Lachen bei der CDU/CSU und der FDP – Zuruf von der FDP: Fahren Sie mal hin!)

Die serbische Telekom ist das erfolgreichste Unternehmen in Serbien und erwirtschaftet jedes Jahr Gewinne. 2009 waren es 197 Millionen Euro. Für wen ist das also eine Chance? Das ist mit Sicherheit keine Chance für diejenigen, die infolge dieser Privatisierungen ihren Job verlieren werden und schlechtere Arbeitsbedingungen hinnehmen sollen.

Deshalb denken wir, dass das, was schon bisher geschehen ist, eine falsche Politik ist. Dieses Abkommen, das mehr Privatisierung, mehr Deregulierung und mehr Liberalisierung beinhaltet, ist eine Fortsetzung dieser falschen Politik. Deshalb fordern wir eine Umkehr.

(Beifall bei der LINKEN)

In diesem Zusammenhang ist es völlig inakzeptabel, dass Druck auf Serbien hinsichtlich der Statusfrage des Kosovo ausgeübt werden soll. Das zeigt, wes Geistes Kind die Bundesregierung ist. Sie hat sich zum Führer der sogenannten Kosovo-Regierung, Hashim Thaci, bisher nicht klar geäußert. Thaci wird in einem Bericht des

Sevim Dağdelen

- (A) Europarats schwerster Kriegsverbrechen und krimineller Machenschaften beschuldigt. Warum ignoriert die Bundesregierung diesen Bericht, der von einem Schweizer Liberalen, von Dick Marty, stammt, der auch schon den Bericht zu den CIA-Folterflügen angefertigt hat? Wir können den Grund nur vermuten.

(Peter Beyer [CDU/CSU]: Sitzt in Ihrer Rede nur Deutschland auf der Anklagebank?)

Man steht in Nibelungentreue zu diesem Mann, der einem auch während des NATO-Angriffskrieges gegen Jugoslawien gute Dienste geleistet hat.

Frau Beck, auch von Ihnen höre ich nichts. In Ihrer Haltung zu Thaci zeigt sich, dass sowohl die schwarzgelbe Koalition als auch Rot-Grün weiter nicht bereit sind, über die Leichen im Keller der deutschen Außenpolitik zu sprechen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Linke ist der Meinung, dass das inakzeptabel ist. Es ist Zeit für eine demokratische, friedliche und auch soziale Außenpolitik. Das ist möglich, meine Damen und Herren, auch wenn es der Umkehr sowohl der Bundesregierung als auch der SPD und insbesondere der Grünen bedarf.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Sevim Dağdelen (DIE LINKE):

- (B) Wenn Sie erlauben, Herr Präsident, möchte ich abschließend meine Freude über die Meldung ausdrücken, dass der Rücktritt von Mubarak heute anstehen wird. Ich hoffe, das wird so geschehen. Meine Damen und Herren, Mubarak ist ein Mann, den Sie jahrzehntelang unterstützt haben. Ich denke, eine andere Außenpolitik ist mehr als nötig.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat die Kollegin Marieluise Beck von Bündnis 90/Die Grünen.

Marieluise Beck (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte für die Bürgerinnen und Bürger in Serbien kurz festhalten: Die Linke ist der Meinung, dass sie es besser weiß als weite Teile der serbischen Bevölkerung; die serbische Bevölkerung sei im Irrtum, wenn sie in die Europäische Union möchte.

(Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Das haben wir nicht gesagt, Frau Beck! Wir arbeiten nur nicht wie Sie mit Kriegsverbrechern zusammen!)

Sie sorgen dafür, dass sie draußen bleiben. Dass Sie sich damit immer an der Seite von nationalistischen Kräften befinden, ist allerdings ein Problem Ihrer Politik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der FDP – Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Sie sind an der Seite von Kriegsverbrechern! Was sagen Sie zu Herrn Thaci?)

(C)

Wir Grünen unterstützen die Ratifizierung des Stabilisierungs- und Assoziationsabkommens für Serbien.

(Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Nichts! Schweigen im Walde!)

Allerdings sollten wir nicht darüber hinwegsehen, dass Serbien in der Tat noch einen sehr langen Weg vor sich hat und sich zudem in einer sehr schwierigen innenpolitischen Lage befindet.

Die serbische Regierung tut sehr viel zu Respektierendes. Sie bekennt sich zur EU-Perspektive. Sie bekennt sich zu einer konstruktiven Rolle in der Region. Da ich sowohl 2005 als auch 2010, als Präsident Tadic in Potocari an der Gedenkstätte am 11. Juli aufgetreten ist, dabei war, kann ich sagen, dass das ein sehr bewegender Moment war und dass das für die Menschen und die Opfer von Srebrenica überaus wichtig war.

Es gibt aber eine Spaltung in der serbischen Gesellschaft. Insofern ist Präsident Tadic immer auch geneigt, Konzessionen zu machen, die hochproblematisch sind. Dazu gehört die schwer nachvollziehbare Entscheidung, mit Präsident Dodik gemeinsam Wahlkampf zu machen und sich gemeinsam mit Biljana Plavsic abbilden zu lassen, die die rechte Hand von Radovan Karadzic gewesen ist.

(D)

Auch in der Kosovo-Frage ist die serbische Politik nicht eindeutig. Offensichtlich ist der Amputations-schmerz immer noch sehr groß. Viele serbische Menschen sagen, dass es immer noch um die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte geht und um das Verständnis, dass nicht Serbien das Kosovo verspielt hat, sondern dass es Milosevic war, der aggressiv gegen den kosovo-albanischen Teil der Bevölkerung aufgetreten ist und ihnen die Autonomie genommen hat. Dramatische Menschenrechtsverletzungen und eine Apartheidspolitik – all das hat dazu geführt, dass sich das Kosovo letztlich nicht mehr unter das Dach eines gemeinsamen Staates drängen lassen wollte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Die ökonomische Situation in Serbien ist unter anderem deswegen so schwer, weil das Milosevic-Erbe auch in ökonomischer Hinsicht noch nicht überwunden ist. Es gibt nach wie vor seine Tycoons, die in der serbischen Wirtschaft deutlich mitmischen. Sie sind es übrigens, die die Wettbewerber aus dem Ausland abwehren, verehrt Frau Kollegin. Diese Tycoons spielen nach wie vor eine zu große Rolle.

(Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Sagen Sie lieber einmal etwas zu Herrn Thaci! Da schweigen Sie!)

Marieluise Beck (Bremen)

- (A) Dass die Korruption in Serbien – wie in vielen anderen Ländern des Balkans leider auch – geradezu endemisch ist, hat Präsident Tadic vor kurzem im Europarat selber sehr deutlich betont. Dass der Populist Nikolic das nun für sich zu nutzen weiß, muss uns sehr sorgenvoll machen. Denn er ist, auch wenn er das jetzt behauptet, nicht proeuropäisch. Dass er so deutlich sagt, die Telekom dürfe nicht verkauft werden, weil dann die Österreicher kommen würden, legt den antieuropäischen Geist offen. Er ist und bleibt ein Nationalist.

(Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Weil er gegen Privatisierungen ist? Gegen Ihre Neoliberalisierung?)

Wie gesagt, er findet sich logischerweise auf der Seite Ihrer Argumentation wieder.

Noch ein Punkt, was die Frage der Konditionierung der Beitrittsperspektive anlangt. Wir sollten nicht darauf hoffen, dass es eine biologische Lösung für General Mladic und für Hadzic gibt.

(Beifall der Abg. Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben sehr deutlich gesagt, dass Serbien hier eine Bringschuld hat. Es ist nicht nachzuvollziehen, dass diese beiden Verbrecher in diesem vergleichsweise kleinen Land angeblich nicht zu finden sind. Dass wir immer wieder Angst vor unseren eigenen Konditionen bekommen und, wenn es ernst wird, unter ihnen wegtauchen, halte ich für heikel.

- (B) (Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Sagen Sie doch einmal etwas zu Herrn Kriegsverbrecher Thaci!)

Darüber müssen wir wirklich noch einmal sprechen. Es geht auch um einen aufrechten Gang für unsere Werte.

(Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Aufrecht mit Kriegsverbrechern!)

Entweder man setzt Konditionen oder keine; aber dieses verschwiemelte Wegtauchen ist kein guter Ausweis für unsere EU-Politik.

Schönen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der FDP – Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Warum sagen Sie nichts zu Herrn Thaci?)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt als letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt der Kollege Roderich Kiesewetter von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich meiner Freude Ausdruck verleihen, dass der Botschafter der Republik Serbien heute der Debatte bei-

wohnt. Ich denke, das zeigt, mit welchem hohem Interesse die Republik Serbien die heutige Debatte bei uns im Bundestag verfolgt. (C)

(Beifall im ganzen Hause)

Zweitens möchte ich auf den jugoslawischen Literaturnobelpreisträger Ivo Andric verweisen. Er hat vor über 50 Jahren geschrieben:

Von allem, was der Mensch baut und aufbaut, gibt es nichts Besseres und Wertvolleres als Brücken.

Der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess ist eine solche Brücke. Nach dem, was vor 20 Jahren auf dem Balkan passiert ist, reichen wir damit der Republik Serbien die Hand. Das ist ein wunderbares Zeichen der beginnenden Aussöhnung.

Wir helfen, diese Brücke zu bauen, aber wir sagen: Wer beitrifft, muss auch beitragen. Wir fordern deshalb die Erfüllung aller Beitrittskriterien: Rechtsstaatlichkeit, Kriminalitätsbekämpfung, funktionierendes Justizwesen und die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof. Aufgrund der Erfahrungen früherer Beitrittsverhandlungen sagen wir, dass das vor dem Beitritt geschehen muss. Wir machen das vor Ort deutlich. Erst vor kurzem war eine Delegation der Arbeitsgruppe Europa dort; Michael Stübgen hat das angesprochen.

Heute entscheiden wir darüber, ob Deutschland dieser vertraglichen Bindung zwischen Serbien und der EU zustimmt. Ganz nebenbei: In unserem Land leben 700 000 Menschen aus Serbien; über die Hälfte davon hat bereits die deutsche Staatsbürgerschaft. (D)

Die Umfragen, die der Kollege Beyer vorhin angesprochen hat, beinhalten einen weiteren Aspekt: Über 70 Prozent der jungen Generation in Serbien wünschen den EU-Beitritt. Ich glaube, auch das ist ein wichtiges Zeichen. Lassen Sie uns doch die Demonstrationen, die letzte Woche Samstag in Belgrad stattfanden, auch als Zeichen des Reformwillens und der erstarkenden Demokratiebewegung sehen. Es sind notwendige Reformen. Ich glaube, seit der Debatte am 8. Oktober letzten Jahres haben auch wir etliche Fortschritte zu verzeichnen. Ich möchte einige nennen.

Erstens gibt es den Aktionsplan, mit dessen Umsetzung die Republik Serbien im Dezember letzten Jahres begonnen hat.

Zweitens liegt der Bericht der staatlichen Antikorruptionsbehörde vom letzten Monat vor. Diese Behörde, die unabhängig ist, prangert systematische Korruption in Serbien an. Die Regierung hat zum Beispiel die Gehälter der Richter erhöht, damit sie unabhängig werden, und festgestellt, dass Bildung, Gesundheitswesen, Polizei und auch das Gerichtswesen intensiver Arbeit und Nachsorge bedürfen; das hat auch Präsident Tadic erkannt. Es ist gut, dass das offen angesprochen werden kann.

Ein dritter Punkt ist – auch als Folge der Stellungnahme von Herrn Brammert –, dass Präsident Tadic im Januar dieses Jahres vor dem Europarat noch einmal die Zusage gegeben hat, mit dem Internationalen Strafgerichtshof intensiver zusammenzuarbeiten. Ich glaube,

Roderich Kiesewetter

- (A) das ist das klare politische Signal, das der UN-Chef-ankläger gefordert hat.

Noch ein weiterer Punkt lässt hoffen: Die Republik Serbien hat der Europäischen Kommission innerhalb kürzester Zeit, nämlich von November letzten Jahres bis Ende Januar dieses Jahres, 2 480 Fragen beantwortet. Die ersten Signale aus Brüssel sind erfreulich.

Ich möchte auf zwei weitere Aspekte eingehen, die in dieser Debatte bisher nicht erwähnt worden sind. Die Mittel, die die Republik Serbien als Instrument für die Heranführungshilfe von der EU erhält, umfassen etwa 200 Millionen Euro. Von 2007 bis zum Jahr 2012 sind das rund 1,2 Milliarden Euro, mit denen die EU diesen Prozess unterstützt. In diesem Jahr sind es 190 Millionen Euro.

Als potenzieller Kandidat, also jetzt, kann Serbien diese Mittel nur für den Aufbau der Verwaltung und für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit einsetzen; dass sie wichtig ist, wurde bereits vorhin eindrucksvoll dargelegt. Aber entscheidend ist: Wenn Serbien einen Kandidatenstatus hat, dann sind die Mittel umfassender einsetzbar. Es gibt zwar nicht mehr Mittel, aber sie können wesentlich flexibler eingesetzt werden: für regionale Entwicklung, für Umweltschutz und, wie auch die Demonstrationen gezeigt haben, für sozialen Zusammenhalt. Dann können die Gelder auch gezielt in Gesellschaft und Wirtschaft eingesetzt werden.

- (B) Natürlich brauchen wir eine konstruktive Nachbarschaftspolitik; Staatsminister Hoyer hat es angesprochen. Ich finde es schade, Frau Dağdelen, dass Sie sich die Erklärung des Staatsministers nicht angehört haben, sondern erst zu Ihrer Rede gekommen sind.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Für uns, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat Sorgfalt bei der Umsetzung der Reformen und bei der Erfüllung der EU-Kriterien oberste Priorität. Unsere Absicht ist, dass wir weiter auf die Umsetzung der Reformen drängen, insbesondere bei Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung und Investitionssicherheit.

Ich möchte an dieser Stelle auch einen Appell an die EU-Staaten, die das Abkommen noch nicht ratifiziert haben, richten – es gibt noch 15 Länder, die es nicht ratifiziert haben, wenn wir heute zustimmen –: Stimmen Sie zu! Erleichtern Sie Serbien den Weg in die Europäische Union! Wir in Deutschland jedenfalls werden den Prozess mit Augenmerk und Aufmerksamkeit begleiten und für die Ratifizierung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen stimmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur

zweiten Beratung

und Schlussabstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zu dem Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen vom 29. April 2008 zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Serbien andererseits. Der Auswärtige Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/4500, den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Drucksache 17/3963 anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist bei Gegenstimmen der Fraktion Die Linke mit den Stimmen aller übrigen Fraktionen angenommen.

(C)

(D)